

**WASCHANLAGE
STATT
WOHNANLAGE**



Berliner Liegenschaftspolitik – Ein wohnpolitisches Hütchenspiel.

Ein offener Protestbrief gegen die Berliner Liegenschaftspolitik, die ein genossenschaftliches Wohnungsbauvorhaben zugunsten von Investoreninteressen verhindert.

Berliner Liegenschaftspolitik - Ein wohnpolitisches Hütchenspiel.

Sehr geehrter Herr Bezirksstadtrat von Pankow **Jens-Holger Kirchner**,
Sehr geehrter Herr **Bürgermeister und Bezirksstadträt(inn)en von Pankow**,
Sehr geehrter Herr Senator **Dr. Matthias Kollatz-Ahnen**,
Sehr geehrter Herr Senator **Andreas Geisel**,

drei Jahre lang hat unsere kleine Genossenschaft im Vertrauen und in offener Zusammenarbeit mit den Behörden und dem Bezirksstadtrat Jens-Holger Kirchner den Weg frei gemacht, um das Grundstück Tiroler Straße 1-3 mit einem **Generationenhaus** bebauen zu können.

In vielen Abstimmungsrunden mit dem Planungsamt sind nicht nur städtebauliche Modelle, sondern auch verschiedene Entwürfe für ein Haus mit **43 barrierefreien Wohnungen** erarbeitet und diskutiert worden. Das Ergebnis ist im Gremium den Bezirksstadträt(inn)en am **31. Mai 2016** vorgestellt und dort einstimmig positiv angenommen worden.

Am **30. November 2016** ist das Grundstück Tiroler Straße 1-3 im Portfolioausschuss völlig überraschend als „Infrastrukturaustauschfläche“ geclustert worden. Damit würde die Arbeit unserer kleinen Genossenschaft von drei Jahren für die Baureifmachung einer Restgrünfläche im Tiroler Viertel in Pankow zunichte gemacht werden.

Statt dem Wohnungsbau für eine Genossenschaft soll ein rechtlich äußerst **zweifelhaftes Kompensationsgeschäft** mit der Fläche gemacht werden. Vertrauensverlust ist das eine, die eiskalte Abwälzung der sechsstelligen Kosten auf eine kleine Genossenschaft das andere. Wie es aussieht, wird sie nicht nur ihrer Idee beraubt, sondern auch noch ihres Bebauungskonzeptes.

Der Hintergrund: In der Mühlenstraße soll eine Schule erweitert werden und die daneben liegende Autowaschanlage muss weg, weil dort die Erweiterung geplant werden soll. Als „Austauschfläche“ wird dann die Tiroler Straße 1-3 ins Spiel gebracht. Für eine Autowaschanlage mitten im Wohngebiet? **Nein, vielmehr wird dem Besitzer der Fläche der Autowaschanlage als Ersatz für seine Gewerbefläche nunmehr eine Wohnbaufläche - also ein für ihn artfremdes Geschäft - angeboten.**

Wir haben einen Kauf zum Verkehrswert mit einer Bauverpflichtung angeboten. Auch für eine Variante mit einem Erbbauzins waren wir offen. Aus dem Erlös des Verkaufs der Fläche an die Stadtbürgergenossenschaft könnte der Besitzer der Autowaschanlage entschädigt werden, zum Wert der Autowaschanlage, und nicht durch ein Kompensationsgeschäft mit einem Wohnungsbaugrundstück.

Wie heißt es so schön im Koalitionsvertrag: *„Die Koalition sieht in den Genossenschaften wichtige Partner für eine soziale Wohnungspolitik... Landeseigene Grundstücke und Gebäude bieten eine wirksame Steuerungs- und Gestaltungsmöglichkeit für die gerechte und nachhaltige Stadtentwicklung... Die Umsetzung der Transparenten Liegenschaftspolitik wird fortgeführt... Die Lust auf Partizipation und bürgerschaftliches Engagement ist in Berlin deutlich zu spüren... Die Koalition will Akteure der Zivilgesellschaft stärker in die Liegenschaftspolitik einbeziehen...“* und vieles mehr.

**DAS GEGENTEIL SCHEINT HIER DER FALL ZU SEIN !
WIR PROTESTIEREN UND FORDERN DEN BEZIRK
UND DEN SENAT AUF, DIESES UNSÄGLICHE TAUSCH-
GESCHÄFT ZU STOPPEN**

Vorstand und Aufsichtsrat der Stadtbürgergenossenschaft e.G.

Schließen Sie sich unserem Protest an: berlin@stadtbuerger.com